

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 133. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. September 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Tobias von Pein (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch mit Vertretern der Volksbanken Raiffeisenbanken	4
2. Eutiner Festspiele Antrag auf Freigabe von Haushaltsmitteln gemäß Haushaltsvermerk bei Titel 0940-684 38 (MG 10) Vorlage des Kulturministeriums Umdruck 18/6549	7
3. Information/Kenntnisnahme	8
4. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch mit Vertretern der Volksbanken Raiffeisenbanken

Herr Treimer, Vorstand der VR Ostholstein Nord - Plön, hebt die Bedeutung der 33 Volksbanken Raiffeisenbanken in Schleswig-Holstein für die Region hervor, die mit 320 Geschäftsstellen und 4.500 Beschäftigten 25 Milliarden € Gelder von 53.000 Privatkunden und 7.000 Geschäftskunden verwalteten. Zunehmend Sorgen bereiteten die Niedrigzinspolitik der EZB, zunehmende Regulatorik und Verbraucherschutz, die EU-Richtlinie für Kredite für Wohnimmobilien und der Zustand der Infrastruktur im Lande.

Auf Fragen des Vorsitzenden antwortet Herr Greten, Vorstand der Volksbank Raiffeisenbank im Kreis Rendsburg, ein verändertes Kundenverhalten, die Niedrigzinspolitik, durch die man bis 2020 ein Drittel des Ergebnisses verlieren werde, und die steigenden Anforderungen an das Personal führten zu einer Reduzierung des Geschäftsstellennetzes, ohne dass die Bargeldversorgung in der Region gefährdet sei.

Herr Witt, Vorstand der Volksbank Pinneberg-Elmshorn, macht darauf aufmerksam, dass bei den Volksbanken Raiffeisenbanken schon immer jedermann ein Konto eröffnen könne.

Herr Greten weist darauf hin, dass die Vorgabe des Gesetzgebers „ein Konto für alle“ im Einzelfall eine emotionale Hürde darstellen könne.

Ausschussmitglieder aller Fraktionen würdigen die Rolle der Volksbanken Raiffeisenbanken und stellen Fragen, die die Bankvertreter beantworten.

Herr Benkstein, Vorstand der Volksbank Eutin, und Herr Greten verdeutlichen, dass Verbraucherschutz und Regulatorik zu weit gingen und insbesondere die EU-Richtlinie für Kredite für Wohnimmobilien Kunden und Mitarbeiter über Gebühr belaste und keinen Sinn mache.

Nach den Worten von Herrn Witt führt die Wohnimmobilienkreditrichtlinie zu einer Entmündigung der Bürger und einem Rückgang der Immobilienfinanzierung.

Herr Paetau, Geschäftsführer des Presse- und Informationsdienstes der Volksbanken Raiffeisenbanken, verweist auf die Forderung des Präsidenten Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, bei der Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht Verbesserungen zu erreichen.

Herr Treimer hält es für bitter, dass die Volksbanken Raiffeisenbanken und Sparkassen nicht die Ursache für die Verschärfung der regulatorischen Anforderungen gelegt hätten, die Konsequenzen aber voll mittragen müssten. Beim Ausbau der touristischen und Verkehrsinfrastruktur sowie der Breitbandversorgung müsse Schleswig-Holstein deutlich mehr Gas geben, „um Aufgeschobenes oder Versäumtes aufzuholen“ und die Wertschöpfung in der Region nicht zu stark zu gefährden. Über das Internet laufe zwar zu mehr als 50 % die Information, allerdings nur zwischen 5 und 15 % der direkte Abschluss von Bankgeschäften. In der Regel würden einfache Produkte digital abgeschlossen und für eine qualifizierte Beratung nach wie vor eine Zweigstelle aufgesucht. Die Kundenstruktur sei ausgeglichen und gesund und in den ländlichen Räumen stark von der Landwirtschaft, kleinen und mittleren Betrieben mit 2 bis 20 Beschäftigten geprägt.

Herr Paetau ergänzt, 90 % der jungen Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren wünschten sich individuelle Ansprechpartner vor Ort. Er sagt zu, Abg. Andresen über die Ergebnisse einer entsprechenden Untersuchung zu informieren.

Herr Witt bestätigt, dass die Kundenstruktur auch in den Städten ausgeglichen sei. Die digitale Herausforderung sei enorm (Videochat, Onlinefiliale, Breitbandausbau).

Herr Greten hält es für wenig erfolgversprechend, die gegenwärtige Krise der Landwirtschaft durch Diversifikation oder Umstellung auf Biolandwirtschaft zu beheben. Statt große Summen in eine neue Produktionsform und Qualifikation zu investieren, sollten Landwirtschaft und Banken weiter versuchen, die Liquiditätsprobleme durch einvernehmliche Regelungen zu überbrücken.

Herr Treimer ergänzt, man begleite die Milchwirtschaft auf dem Weg durch das schwere Tal und hoffe, dass sich die Milchpreise bald wieder erholten.

Herr Benkstein bezweifelt den Nutzen des jährlichen Offenlegungsberichts und hält die Auflagen der Bankenaufsicht für überzogen. Er appelliert an die Landespolitik, auf Bundesebene dafür zu werben, Nutzen, Aufwand und Wirkung der neuen regulatorischen Vorschriften kritisch zu hinterfragen.

Herr Paetau wirbt dafür, das deutsche Drei-Säulen-Modell, das sich bewährt habe, zu erhalten, die zinspolitische Irrfahrt der EZB zu beenden sowie Verbraucherschutz und Regulatorik auf ein gesundes Maß zurückzuführen.

Herr Treimer wiederholt das Petitum, die Investitionen der öffentlichen Hand deutlich zu steigern. Die Volksbanken Raiffeisenbanken setzten sich für Nachhaltigkeit ein, eine explizite Nachhaltigkeitsstrategie habe man allerdings nicht definiert.

Herr Benkstein hebt den Auftrag der Volksbanken Raiffeisenbanken hervor: Förderung der Mitglieder und Kunden statt Gewinnmaximierung.

Abschließend warnt Herr Greten noch einmal davor, dass Regulatorik und Zinspolitik zu einem unkalkulierbaren Risiko würden.

Herr Treimer wünscht sich, den Dialog mit der Politik fortzuführen, beispielsweise im Arbeitskreis Kreditwirtschaft.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Finanzausschusses für das konstruktive und informative Gespräch.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eutiner Festspiele
Antrag auf Freigabe von Haushaltsmitteln gemäß Haushaltsvermerk bei
Titel 0940-684 38 (MG 10)

Vorlage des Kulturministeriums
[Umdruck 18/6549](#)

Herr Dr. Schmidt-Elsaëber, Staatssekretär im Kulturministerium, führt in [Umdruck 18/6549](#) ein.

Der Vorsitzende bittet das Kulturministerium, die Besucherzahlen der Eutiner Festspiele mitzuteilen.

Abg. Harms und Andresen problematisieren die wirtschaftliche Situation der Eutiner Festspiele, die den Finanzausschuss seit Jahren beschäftigt, und vermissen eine verlässliche, tragfähige finanzielle Perspektive der Festspiele.

Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaëber weist darauf hin, dass drei Viertel der Ausgaben durch Eintrittsgelder gedeckt würden und die Festspiele in Eutin mit ihrem besonderen Charakter von Landesinteresse seien. Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg antwortet er, ihm sei nicht bekannt, dass in dieser Spielsaison Freikarten an Mandats- oder Amtsträger vergeben worden seien.

Abg. Sönnichsen und Winter bekennen sich zur Zukunft und Förderung der Eutiner Festspiele, die sowohl für die Region als auch für das Land eine besondere kulturelle Bedeutung hätten.

Einstimmig willigt der Finanzausschuss in die Freigabe der gesperrten Haushaltsmittel, [Umdruck 18/6549](#), ein.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/6505](#) - Sondervermögen Breitband

[Umdruck 18/6506](#) - Haushaltsvollzug im ersten Halbjahr 2016

[Umdruck 18/6509](#) - Krankenhausfinanzierung

Vertraulicher [Umdruck 18/6536](#) - Institut für Rechtsmedizin

Vertraulicher [Umdruck 18/6537](#) - Immobilienprojekt am UKSH

Zu [Umdruck 18/6506](#) - Haushaltsvollzug im ersten Halbjahr 2016 - bittet Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, die Landesregierung, die Ausgaben von 31,4 Millionen € für die Errichtung von mobilen Modulbauten (zum Beispiel **Container**) für die Unterbringung von Asylsuchenden zu erläutern.

Zur **Krankenhausfinanzierung** ([Umdruck 18/6509](#)) stellt Abg. Dr. Garg fest, dass bis 2020 eine erhebliche Mehrbelastung auf die Kommunen zukomme.

Mit dem **Sachstandsbericht zum Immobilienprojekt am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein** (vertraulicher [Umdruck 18/6537](#)) will sich der Finanzausschuss am 24. November 2016 mit dem Vorstand des UKSH und Wissenschaftsstaatssekretär Fischer in einer vertraulichen Sitzung befassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 29. September 2016 nach der Sitzung des **Beteiligungsausschusses** statt.

- b) Staatssekretär Dr. Nimmermann kündigt einen vertraulichen Umdruck zur Finanzierung von **Containern** an, die für die Unterbringung von Flüchtlingen beschafft worden seien und jetzt von den Hochschulen genutzt werden sollten.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer